

BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

Offener Brief an:

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,
Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles,
Bundesfamilienministerin Dr. Katarina Barley,
an die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen und
an die frauenpolitischen Sprecherinnen der Bundestagsparteien

- Prognostizierte Altersarmut von Alleinstehenden Frauen ist alarmierend.
- Frauen massiv von Rentensystem benachteiligt.
- Politik muss endlich handeln!
- BAG fordert geschlechtergerechtes Rentensystem.

Berlin, den 28. Juni 2017

Geschlechtergerechte Rentenreform ist überfällig

Eine Geschlechtergerechte Rentenreform ist überfällig!!

Die neue Studie der Bertelsmann-Stiftung zu den Folgen des Wandels der Arbeitswelt beweist ein weiteres Mal - Frauen haben im Alter ein erheblich höheres Armutsrisiko als Männer! Besonders dramatisch stellt sich die Situation alleinstehender älterer Frauen dar: Wer in einem unterbezahlten Frauenberuf beschäftigt ist, Teilzeit oder Minijob arbeitet, und - wie viele alleinerziehende Frauen keine Arbeit annehmen kann, weil z.B. passende Kinderbetreuungsmöglichkeiten fehlen, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit im Alter arm sein: Das Risiko steigt laut der Studie von derzeit 16% auf fast 28% in 2036.

Teilzeitarbeit, Minijobs, befristete Arbeitsverträge, Niedriglohnbeschäftigung und das fehlende Rückkehrrecht nach der Kinderphase in eine Vollzeitbeschäftigung führen geradewegs in die Altersarmut. Besonders skandalös ist, dass laut der Studie keiner der politisch diskutierten Reformvorschläge substantiell zur Lösung der Problematik der Altersarmut beiträgt.

Dabei sind die Ursachen hinlänglich bekannt: Frauen sind seltener vollzeitbeschäftigt und haben aufgrund von Kindererziehung unterbrochene Berufsverläufe. Zudem erhalten sie für ihre Arbeit durchschnittlich 22% weniger Geld. Dennoch leisten sie laut dem gerade vom Kabinett beschlossenen Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung täglich 52 Prozent mehr unbezahlte Tätigkeit für die Gesellschaft als Männer. Dazu gehört Hausarbeit, Pflege und Betreuung von Angehörigen, sowie ehrenamtliches Engagement.

Sprecherinnengremium

- Martina Arndts-Haupt**
Stadt Münster
Tel 02 51 - 4 92 17 00
arndtsh@stadt-muenster.de
- Roswitha Bocklage**
Stadt Wuppertal
Tel 0 20 2 - 5 63 53 70
roswitha.bocklage@stadt.wuppertal.de
- Petra Borrmann**
Stadt Delmenhorst
Tel 0 42 21 - 99 11 87
petra.borrmann@delmenhorst.de
- Beate Ebeling**
Stadt Wolfsburg
Tel 0 53 61 - 28 27 62
beate.ebeling@stadt.wolfsburg.de
- Heike Gerstenberger**
Bezirksamt Pankow von Berlin
Tel 0 30 - 9 02 95 23 05
heike.gerstenberger@ba-pankow.berlin.de
- Brigitte Kowas**
Bezirksamt Reinickendorf
von Berlin
Tel 0 30 - 9 02 94 23 09
brigitte.kowas@reinickendorf.berlin.de
- Susanne Löb**
Landkreis Wolfenbüttel
Tel 0 53 31 - 8 42 53
s.loeb@lk-wf.de
- Katrin Morof**
Landkreis Helmstedt
Tel 0 53 51 - 1 21 12 12
gleichstellungsbeauftragte@landkreis-helmstedt.de
- Annette Niesyto**
Stadt Karlsruhe
Tel 07 21 - 1 33 30 60
annette.niesyto@zjd.karlsruhe.de
- Christel Steylaers**
Stadt Remscheid
Tel 0 21 91 - 16 22 57
Christel.Steylaers@remscheid.de
- Inge Trame**
Stadt Gütersloh
Tel 0 52 41- 82 20 80
inge.trame@gt-net.de
- Elke Voigt**
Landkreis Dahme-Spreewald
Tel 033 75 - 26 26 14
elke.voigt@dahme-spreewald.de

Diese unbezahlte Arbeit schlägt sich nur unzureichend bei der Rente nieder: Mit Ausnahme der Entgeltpunkte für Kindererziehungszeiten orientiert sich die Rentenhöhe ausschließlich am Erwerbseinkommen, das während des Berufsverlaufs erzielt wurde. Frauenarmut ist vorprogrammiert.

„Diese Gerechtigkeitslücke muss endlich geschlossen werden“, fordern Katrin Morof und Christel Steylaers, Sprecherinnen der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros. Die BAG dringt schon seit langer Zeit auf ein Alterssicherungssystem, das Kindererziehung stärker als bisher als rentenrechtliche Leistung anerkennt. Nichtkontinuierliche Erwerbsverläufe, wie sie die meisten Mütter wegen Erziehungszeiten und auch der Pflege von Angehörigen haben, müssen besser abgesichert werden und die Umverteilung innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung muss zugunsten von Frauen verstärkt werden, damit das Armutsrisiko von Frauen sinkt. Ein neues Rentenmodell könnte sich aus einem beitragsunabhängigen Grundbetrag und einem beitragsabhängigen Steigerungsbetrag zusammensetzen. Detaillierte Vorschläge dazu gibt es genug, die Politik muss jetzt handeln, sonst wird in 20 Jahren fast jede 3. alte Frau ohne Partner arm sein.

Katrin Morof und Christel Steylaers
für die Bundessprecherinnen